

Liste Fritz. Tirol

**Liste Fritz Pressespiegel
KW 24
Von 08.Juni bis 14.Juni
2024**

Politischer Wirbel im Iglser Eiskanal

Opposition übt heftige Kritik an Mehrkosten von 3,4 Mio. Euro für die Generalsanierung. Dornauer verweist auf Zusage des Bundes.

Innsbruck – Die Baukostensteigerung hat auch den Umbau der Olympia-Bob- und Rodelbahn erfasst. Keineswegs überraschend, das Projekt wurde schließlich noch auf Basis des Baukostenindex von 2021 berechnet. Von 27,4 auf 30,8 Millionen Euro haben sich die Aufwendungen erhöht. Land, Stadt Innsbruck und der Bund müssen jetzt jeweils zusätzliche 1,1 Mio. Euro Euro berappen.

„Beim Bau oder der Sanierung von Infrastruktur legen die Regierungsparteien immer dasselbe falsche und unseriöse Muster an den Tag. Zuerst setzen sie niedrige Kosten an, um die Finanzierung politisch durchzubringen und der Bevölkerung schmackhaft zu machen. Dann explodieren die Kosten und die Steuerzahler zahlen die Zeche“, kritisiert Liste-Fritz-Klubchef Markus

Kein Häuslbauer würde jemals so vorgehen. Wenn es um das Geld anderer geht,



Foto: Liebl

„Das ist das ewig gleiche Hasardspiel mit dem Steuergeld der Tiroler. Das ist unverantwortlich.“

Markus Sint/Liste Fritz
(Klubchef)

dann sitzt die Brieftasche beim SP-Hochbaureferenten locker. „Und dafür fehlt es dann von der Mietzinsbeihilfe bis zu den Schwimmbädern“, so Mair.

Ob Ferdinandeum, Campus Technik Lienz, MCI oder Eiskanal – keine Kostenaufstellung im Land halte mehr, stellt FPÖ-Sportsprecherin Evelyn Achthorner nüchtern fest.

Sport- und Hochbaureferent LHStv. Georg Dornauer (SPÖ) weist die Kritik entschieden zurück. „Die 27,4 Millionen Euro wurden nicht unter meiner Ägide veranschlagt und verhandelt. Beim Baukostenindex kann niemand was dafür und die Zusage vom Finanzminister Magnus Brunner (VP) war zugegebenermaßen mündlich, aber zwischen uns beiden gilt der Handschlag.“ Nun sei die Stadt am Zug, außerdem wisse er, dass der neue Bürgermeister und Sportchef der Stadt, Johannes Anzengruber, hinter der notwendigen Homologierung der Bobbahn stehe. (pn)



Foto: Liebl

„Wenn der Bau begonnen ist, kann man ja kaum aufhören. Das ist offenbar das politische Kalkül.“

Gebi Mair/Grüne
(Klubobmann)

Sint. Außerdem gebe es noch keine schriftliche Zusage über die Drittel-Beteiligung des Bundes bei der Bobbahn.

Ähnlich argumentiert sein grüner Kollege im Landtag, Gebi Mair. „Erst bauen, dann denken – das kann ja wohl nicht ernst gemeint sein.“

„BIG soll das MCI bauen!“

Das 190-Mio-Euro-Porr-Angebot für den MCI-Neubau sorgt für Zündstoff. Landesregierung weiter zögerlich, Opposition tobt. Markus Sint (Liste Fritz) bringt gute Alternative ins Spiel.

Porr baut das MCI um 190 Millionen Euro! Diese „Krone“-Schlagzeile in der Samstagsausgabe hat natürlich für politischen Zündstoff gesorgt. In den letzten Wochen wurde der Preis für den notwendigen und längst überfälligen MCI-Neubau ständig nach oben „geredet“. Zuletzt sprach das zuständige **Regierungsmitglied Georg Dornauer** sogar von 320 Millionen Euro. Der „Krone“ liegt aber das Angebot der **Arge Porr Ortner** vor: Sie bietet den Neubau inklusive Dachgeschoß, Steuern und Indexsteigerung um 190 Millionen Euro an. Das Mail wurde am 21. Mai ins Landhaus geschickt, doch bis dato bekam die Porr keine Rückmeldung. Klar, dass sich da einige Fragen auftun. Die Opposition tobt jedenfalls!

Die Grünen stellen die finanzielle Integrität und das Verantwortungsbewusstsein der Landesregierung infrage. „Es kann nicht sein, dass Steuergelder so verantwortungslos verwaltet werden. Die Landesregierung ist verpflichtet, Gelder effizient und transparent einzusetzen“, ärgert sich **LA Zeliha Arslan** rund um den Murks beim MCI-Neubau. „Das Angebot der Firma Porr bringt die Landesregierung in Erklärungsnot! Das vorliegende Angebot beweist aber auch, dass die Landesregierung mit Fantasie-Zahlen den Neubau des MCI nur abwürgen möchte – und das ist für mich ein klarer Betrug an der Bevölkerung.“

Die Schnauze voll von den „schwarz-roten Polit-Spielchen“ hat auch **Markus Sint**, Klubchef der Liste Fritz: „Einmal sickern Kosten von 320 Millionen, das andere Mal von 190 Millionen aus den Regierungsbüros he-



MARKUS GASSLER

Tiroler Politik kurz notiert



Arslan: Betrug an Tirolern.



Sint: Die BIG soll bauen!



Achthorner: Sofort bauen.



Oberhofer will runden Tisch.

raus. Die einen wollen die Kosten hochschrauben, die anderen niedrig rechnen. Fakt ist, dass dieses Millionen-Jonglieren mit dem Steuergeld der Tiroler durch die Landesregierung niemand mehr hören will. Es ist unprofessionell, unverantwortlich und unseriös.“ Die Landesregierung solle die Fakten auf den Tisch legen und die Millionen-Lotterie beenden! Sein Vorschlag: „Da die Landesregierung nicht in der Lage ist, soll sie den Bau der Bundesimmobilien Gesellschaft BIG übertragen – die kann das!“

Geht es nach **FPÖ-LA Evelyn Achthorner**, dann müsste



Das MCI leidet unter der Nicht-Entscheidung des Landes

man bei dem nun vorliegenden Angebot sofort zuschlagen. Von Dornauer wünscht sie sich, dass „er endlich seine politische Verantwortung übernimmt und anfängt zu arbeiten!“ Natürlich müsse man die Baukosten minimieren. „Wenn aber das Angebot der Firma Porr wirklich hält, darf man nicht mehr lang überlegen und im Sinne des Bildungsstandortes Innsbruck rasch mit dem Bau beginnen“, fordert Achthorner abschließend.

Auch **Neos-Chef Dominik Oberhofer** ist verärgert: „Ich fordere von Georg Dornauer sofort einen runden Tisch, bei dem endlich alle Fakten

auf den Tisch gehören und volle Akteneinsicht gewährleistet wird. Außer zusätzliche Kosten hat die Nachdenkpause nichts gebracht!“

Hinter vorgehaltener Hand vermuten Insider übrigens eine ganz andere Taktik seitens des Landes: Man treibt den Neubau-Preis bewusst und gezielt nach oben, um die Pläne dann gänzlich zu verwerfen. Und dann mietet man um teures Geld das Hotel „Grauer Bär“ an. Im Gebäude neben dem MCI finden schon jetzt Vorlesungen statt. Das ist natürlich auch eine Lösung – aber langfristig gesehen sicherlich eine schlechte und teure.

Foto: Christof Birbaumer

Debatte über Feriensitze spitzt sich zu

Kritik an den Kontrollen von Freizeitwohnsitzen lässt die Wogen hochgehen. Kitzbühels Tourismusobmann Harisch fordert Ergänzungen bei Wohnsitzdefinition.

Innsbruck – Donnerstagabend der Vorwoche trafen sich einflussreiche Wirtschaftstreibende aus den Bezirken Kitzbühel und Kufstein in Going und übten dabei scharfe Kritik an den verschärften Kontrollen von Freizeitwohnsitzen. Vor allem im Unterland. Sie klagten ihr Leid der anwesenden Wirtschaftskammerpräsidentin Barbara Thaler. „Unsere Betriebe wünschen sich eine differenziertere, zukunftsorientierte Debatte, da derzeit die positiven Effekte wie Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen gänzlich außer Acht gelassen werden“, sagte Thaler danach gegenüber der *TT*.

Der Kitzbüheler Tourismusverbandsobmann Christian Harisch drängt schon seit Monaten auf Änderungen und wirft der Landesregierung „Bespitzelungen“ zum Imageschaden des Tourismuslandes Tirol vor. „Die strengen Regelungen sollen bleiben, aber es benötigt Ergänzungen bei der Wohnsitznutzung.“ So schlägt Harisch zum Beispiel als Kriterium eine Mindestdauer beim Aufenthalt vor, die für Neben- oder Arbeitswohnsitze gelten müsse. Als Untergrenze rund 90 Tage im Jahr. Jedenfalls wolle er jetzt das Gespräch mit den politi-

schen Vertretern im Land suchen, „denn so kann das nicht weitergehen“.

Ganz anders Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. Dass Unternehmer offen zum Gesetzesbruch aufrufen würden, sei schon ungeheuerlich. „Dass aber eine gewählte und hochrangige ÖVP-Funktionärin wie Wirtschaftskammerpräsidentin Barbara Thaler dafür Verständnis zeigt,

„ *Es benötigt endlich zeitgemäße Ergänzungen bei der Wohnsitznutzung. Etwa für Arbeitswohnsitze.“*

Christian Harisch (Kitzbüheler
Tourismusverbandsobmann)

schlägt dem Fass den Boden aus“, empört sich Sint. ÖVP-Parteioobmann und Landeshauptmann Anton Mattle (VP) müsse endlich Klartext mit seinen ÖVP-Funktionären reden. „Und die Kammer soll dafür sorgen, dass ihre Mitglieder die verbotene Nutzung als illegale Freizeitwohnsitze nicht möglich machen, unterstützen und begünstigen.“

Selbst der Landtagsabgeordnete Peter Seiwald verurteilt die scharfen Kontrollen und wendet sich damit gegen die Parteilinie. (*pn*)



Die Gemeinderäte Tom Mayer und Andrea Haselwanter-Schneider knöpften sich den „Zukunftsvertrag“ der neuen Stadtführung kritisch vor. Foto: Domanig

Innsbruck: Liste Fritz sieht „null neuen Stil“

Innsbruck – „Sehr vieles ist sehr schwammig und unverbindlich formuliert“: So lautet die Analyse der Liste Fritz zum „Zukunftsvertrag“ der neuen Innsbrucker Dreierkoalition: Es gebe darin „keine Zahlen, keinen Zeithorizont, keine konkreten Wege, wie man Ziele erreichen will, auch nicht in budgetärer Hinsicht“, kritisierte Gemeinderätin Andrea Haselwanter-Schneider gestern.

Was die von BM Johannes Anzengruber („JA – Jetzt Innsbruck“) zugesagte Einbindung der Opposition angeht, ortet sie „null neuen Geist und null neuen Stil“: Doch obwohl Oppositionsanträge laut koalito-

närem Abkommen nur gutgeheißen werden sollen, wenn sie dem „Zukunftsvertrag“ nicht zuwiderlaufen, „werden wir jede Menge Anträge und Anfragen stellen“, kündigt die Liste Fritz an. So fordert man, nicht erst 2027 mit einer Fortschreibung des Örtlichen Raumordnungskonzeptes zu beginnen, sondern dieses umgehend zu evaluieren.

GR Tom Mayer vermisst im Zukunftsvertrag u. a. auch Punkte wie Park-&-Ride-Flächen für Pendler oder den Recyclinghof West. Das – ambitionierte – Ziel von Gratis-Öffis für alle Innsbrucker unterstützt die Liste Fritz aber. (md)

Milser Au: Auch Grüne für Schutz

Mils b. I. – Die vom Milser Bürgermeister und Imster ÖVP-Bezirkschef Bernhard Schöpf geschmiedete Allianz gegen eine mögliche ÖBB-Trasse durch das Schutzgebiet Milser Au und die Milser Felder wird breiter. Wie berichtet, forciert der Bürgermeister die schon 1993 ins Auge gefasste Variante mit einem Tunnel an der Bestandsstrecke. „Umweltfreundliche Mobilität und Naturschutz müssen Hand in Hand gehen“, meldet sich nun die Bezirkssprecherin der Grünen, Dorothea Schumacher, zu Wort. Wie auch schon Schöpf, die NEOS und die Liste Fritz betont sie aber auch die Wichtigkeit des zweigleisigen Ausbaus. (*pascal*)

„Ziele, Zahlen und Zeithorizont der Regierung sucht man vergeblich“

Viel zu schwammig ist der Zukunftsvertrag der neuen Innsbrucker Stadregierung aus Sicht der Oppositionsfraktion Liste Fritz

Die Liste Fritz hat in Innsbruck mittlerweile zwei Gemeinderäte: Tom Mayer und Andrea Haselwanter-Schneider. Und sie hat ihre Oppositionsarbeit aufgenommen, die Koalitionsvereinbarung, genannt „Zukunftsvertrag“, genau unter die Lupe genommen. „Gut gemeint ist nicht immer gut“, leitet Haselwanter-Schneider ihre Kritik ein: Sie sehe viele Absichtserklärungen und Wiederholungen. So habe sie im 96-seitigen Programm 24 Mal das Wort „bekennen“ gefunden und 21 Mal „Bekenntnis“, 60 Mal werde etwas unterstützt, 21 Mal geprüft und 20 Mal wird eine Sache forciert.

„Anträge einbringen gleicht einem Staatsakt“

„Da ist viel sehr schwammig“, meint Haselwanter-Schneider. Auch fand sie 26 Mal „optimieren“ oder „Optimierung“: „Mein persönliches Highlight in diesem Programm waren die Gassi-Säckchen, die man optimieren möchte. Sind die zu groß, zu klein? Was wird hier denn optimiert?“, fragt sie sich. Alles in allem wünscht sich die Liste Fritz mehr konkrete Ziele und ausformulierte

Foto: Liste Fritz



Verdoppeln konnte die Liste Fritz ihre Mandate im Innsbrucker Gemeinderat. Ihre Oppositionsarbeit wird nun von zwei Köpfen statt einem verrichtet: Tom Mayer und Andrea Haselwanter-Schneider, die auch im Tiroler Landtag sitzt.

Wege zu den konkret genannten Zielsetzungen.

Sie wollen jedenfalls weiterhin konstruktive Oppositionsarbeit machen, wenn sie auch Hürden sehen: „Der Bürgermeister wollte ja alle einbinden, aber einen Oppo-

sitionsantrag in den Gemeinderat einzubringen gleicht nun fast schon einem Staatsakt.“ Konkret steht im Vertrag: „Die Koalitionspartner:innen bekennen sich jedenfalls dazu, Anträge der Opposition, die dem Abkom-

men nicht widersprechen, entsprechend wohlwollend zu behandeln.“ Für die Liste Fritz ist das zu wenig. Kritisiert werden auch die nicht-amtsführenden Stadträte: „Die kosten uns 300.000 Euro in sechs Jahren!“ nais



Wann ist das Ziel des Ausbaus im Tourismus erreicht? Das ist strittig. Einig scheint man sich zu sein, dass Großbetriebe nicht unbedingt erwünscht sind. Diese Einigkeit endet oft an der Gemeindegrenze.

Symbolbild: iStock

Kein Riegel für Bettenburgen

Die Landesregierung hat seit Mai 2022 geprüft, ob eine Bettenobergrenze rechtlich hält. Nun liegt die Antwort vor. Das Nein lässt die Liste Fritz nicht gelten. Die ÖVP verweist auf die Widmungskompetenz der Gemeinden.

Von Anita Heubacher

Innsbruck – Eine Bettenobergrenze von 300 pro Betrieb. Eine solche wollte Alt-Landeshauptmann Günther Platter im Juni 2021 einziehen, besonders für „undurchsichtige Investorenmodelle, touristische Großbetriebe oder Chaletdörfer“. Der Spekulation sollte Einhalt geboten und Familienbetriebe im Tourismus sollten geschützt werden. Die Realität holte Platter ein.

Im Mai 2022 ließ der Landtag die Bettenobergrenze wiederauferstehen. Zumindest auf dem Papier. Die Landesregierung möge prüfen, ob eine Bettenobergrenze für Großhotels möglich sei. Zwei Jahre lang dauerte die Prüfung. Nun liegt das Ergebnis vor. ÖVP-Raumordnungs-



Foto: Thomas Böhm

„Eine landesweite Beschränkung der Bettenhöchstzahl wäre verfassungs- und unionsrechtlich unzulässig.“

Josef Geisler, ÖVP
(Raumordnungslandesrat)

landesrat Josef Geisler hält eine landesweite Beschränkung der Bettenhöchstzahl für verfassungs- und unionsrechtlich unzulässig. Geisler

bezieht sich auf den Verfassungsdienst im Landhaus. Unionsrechtlich würde unzulässig in die Niederlassungsfreiheit eingegriffen. Verfassungsrechtlich würden Grundrechtspositionen, wie die Erwerbsfreiheit, verletzt. Auch eine Regelung über Auflagen für Sonderflächen (siehe Kasten) hält Geisler nicht für umsetzbar. Bettenobergrenze ade, sagt die ÖVP.

125 und 150 als Obergrenze

Das wiederum lässt der Klubobmann der Liste Fritz, Markus Sint, nicht gelten. Die Oppositionspartei hatte den Antrag im Landtag im Mai 2022 ursprünglich eingebracht. „Wenn ÖVP-Landesrat Geisler eine Idee umbringen statt umsetzen will, dann packt er die Keule ‚verfassungs- und unionsrechts-



Foto: Daniel Liebi

„Das ist unredlich und feig. Die Gemeinden und die Projektbetreiber müssen sich vor Ort herumstreiten.“

Markus Sint
(Klubobmann Liste Fritz)

widrig‘ aus“, sagt Sint. Das Raumordnungsgesetz sehe Sonderflächenwidmungen mit Bettenobergrenzen bei 125 und 150 Betten vor. „Die

sind auch nicht verfassungswidrig. Wir hätten das Modell nur weiterentwickelt.“

Großbetriebe bedürften einer genauen Prüfung. „Es ist ein Riesenunterschied, ob 150, 200 oder 400 Gäste in einem Hotel Platz finden und tagtäglich dorthin zu- und abfahren. Das sollte einleuchten.“ Ohne gesetzliche Verankerung müssten sich Gemeinden und Projektbetreiber vor Ort herumstreiten. „Das ist unredlich und feig.“

Geisler verweist auf die „Widmungskompetenz der Gemeinden“. Sie könnten jederzeit die Stoptaste drücken und im Wege der örtlichen Raumordnungskonzepte eine freiwillige Bettenobergrenze einziehen. Die Gemeinden des Zillertals hätten das bereits 2012 im Zuge der Zillertal Strategie getan.

Obergrenzen

Beherberger: Eine Regelung über das Raumordnungsgesetz, das Sonderflächenwidmungen für Beherbergungsgroßbetriebe vorsieht, wurde angedacht. Zwei Kategorien wären vorgesehen: Betriebe ab 151 bis 300 Betten in der ersten Kategorie, solche mit über 300 in der zweiten. Für beide Kategorien hätte es Auflagen gegeben, bevor die Hotels bewilligt würden.

Bettenobergrenzen: Im Raumordnungsgesetz gibt es Bettengrenzen, etwa bei der „Sonderfläche Chaletdörfer“ mit der Bettengrenze 125 oder bei der „Sonderfläche Beherbergungsgroßbetrieb“, die bei 150 Betten beginnt.

Ab 500 Betten braucht es eine UVP, die die Auswirkungen auf die Umwelt beleuchtet.



Foto: Johanna Birbaumer

Neuer Innsbrucker Gemeinderat, neue Anträge. Doch was passiert mit den 250 noch unerledigten alten Anträgen?

Was war es für ein Ringen um Mehrheiten im letzten Innsbrucker Gemeinderat. Dass gegen Ende hin überhaupt noch irgendetwas positiv abgestimmt werden konnte, muss an einer kurzzeitigen Unaufmerksamkeit des zerstrittenen Gemeinderats gelegen haben. Und dennoch gab es sie, die Initiativen, über die man sich einig werden konnte.

Doch des Rathaus' Mühlen mahlen manchmal langsam. In sechs Jahren sind in der vergangenen Legislaturperiode 1131 Anträge bis zum Jahr 2024 gestellt worden. Heißt: Ausgearbeitet, recherchiert, diskutiert, verteidigt und schlussendlich abgestimmt, manche sogar positiv. Und dann beginnt erst die richtige Arbeit für die Ämter, die die Anträge abarbeiten müssen. Davon sind, wie berichtet, noch 250 offen. In der gestrigen Gemeinderatssitzung hat sich der Gemeinderat dafür ausgesprochen, diese prinzipiell nicht mehr weiterzuverfolgen (nur die KPÖ war dagegen). Viel Arbeit also umsonst. Es wurde jedoch die Möglichkeit eingeräumt, bis zum Juli-Gemeinderat einzelne Anträge zu nominieren, die dann „neu beurteilt“ werden. (Das ist einer Ände-

rung im Stadtrecht zu verdanken, bis zuletzt war es so, dass über die alten Anträge, also ob weiter bearbeiten oder Mistkübel, nur die Zuständigen entschieden haben.) Das heißt, alle Anträge, die das Glück hatten, schnell abgewickelt zu werden, sind durchgegangen, alle Anträge, die in die nächste Periode verschleppt wurden, müssen sich erneut einem (anderen) Gremium stellen, obwohl sie schon einmal positiv abgestimmt wurden.

Vor Gericht gilt „Ne bis in idem“, also über eine Rechtssache darf, wenn sich nichts Wesentliches verändert hat, nur einmal entschieden werden. Das ist im Gemeinderat offenbar nicht so, wobei: Die wesentliche Sache, die sich in diesem Fall geändert hat, wäre natürlich der Gemeinderat selbst. Es lässt jedenfalls eine Lücke für bereits positiv abgestimmte Anträge zu,

Von gefüllten Schubladen zu gefüllten Mistkübeln

Keine Altlasten möchte der neue Innsbrucker Gemeinderat haben, es liegt nun an den Fraktionen, alte Anträge mitzunehmen.



Tiroler Politik
Inoffiziell

nämlich die der Verschleppung in die nächste Periode.

Ohne jemanden stressen zu wollen, aber wie kann es eigentlich sein, dass Anträge offenbar nicht in einer gewissen Zeit erledigt werden müssen, nicht einmal innerhalb der Legislaturperiode, in der sie eingegangen sind?

Es gilt: Wenn ein Antrag nach einem Jahr (!) noch offen ist, muss der Bürgermeister den Gemeinderat über den Stand der Dinge informieren. Das läuft unter dem Punkt „Mitteilungen“,

die einzelnen Anträge sind nicht extra auf der Tagesordnung angeführt. **GR Mesut Onay** (ALi) kritisiert, dass hier nur Überschriften vorgelesen wurden, nicht aber über den Stand der Dinge, ganz zu schweigen von einer Begründung, warum der Antrag noch nicht erledigt ist, informiert wurde. Das System an und für sich lässt also genug Spielraum und -zeit, dass es sich Anträge in ihren Schubladen auf längere Zeit gemütlich einrichten können. „Eine gigantische Verschwendung von Zeit, Ressourcen und Wissen“, echauffiert sich **GR Tom Mayer** (Liste Fritz), „Stellungnahmen und Berichte fehlen teilweise seit zwei Jahren! Es muss sich etwas ändern, die Anträge müssen schneller bearbeitet werden!“ „Was lernen wir daraus? Was ist die Lektion?“, fragt Onay. Die Frage bleibt unbeantwortet. nais

Betriebspflicht für Goldried

Schultz-Gruppe muss den Sommerbetrieb bei der Goldried Bergbahn in Matrei bis auf Weiteres aufrechterhalten.

MATREI. Die Betriebspflicht gilt vorerst im vollen Umfang von 11 Wochen. Das hat eine Nachfrage der Liste Fritz beim zuständigen Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie ergeben. Der Schultz-Konzern hat die Matreier Goldried Bergbahn damit vom 1. Juli bis zum 15. September in Betrieb zu halten. „Diese Betriebspflicht ist Teil der Konzessionerteilung, sie ist ein Muss und kein Kann. Sie ist einzuhalten, sonst gibt es Strafen“, erläutert Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint, der ein Aus für eine Sommer-Betriebspflicht wegen schwerwiegender negativer wirtschaftlicher Folgen für die Gastgewerbebetriebe am Berg und für den Sommertourismus in Osttirol ablehnt.

Komplettes Aus beantragt

Im vergangenen Sommer haben die Goldried Bergbahnen ihren Betrieb mit der Begründung von Bauarbeiten überhaupt nicht aufgenommen. Für heuer hat der Schultz-Konzern über das Bundesministerium in Wien zu erreichen versucht, dass die Sommer-Betriebspflicht komplett fällt. So jedenfalls lautete das erste Ansuchen. „Das verwundert sehr und widerspricht total und diametral allen Bemühungen der Tiroler Touristiker und der anderen Seilbahner, den Sommertourismus in Tirol auszubauen und zu verstärken. Auch wenn der Schultz-Konzern ein privates Unternehmen ist und selbstverständlich seine eigene Geschäftsidee verfolgen kann, fließen doch immer wieder öffentliche Gelder in den Konzern. Die Betriebspflicht im Sommer ist eine Vorgabe, daran hängen auch andere Unternehmer und einige Arbeitsplätze“, stellt Sint fest.

"Torpediert Tourismus"

In einem zweiten Ansuchen an das Ministerium will der Schultz-Konzern für heuer eine stark eingeschränkte Sommer-Betriebspflicht vom 15. Juli bis zum 25. August durchsetzen. Das Ministerium hat dazu noch keine Entscheidung getroffen, bis es diese Entscheidung per Bescheid gibt, gilt die volle Betriebspflicht von 11 Wochen. „Das erste Ansuchen auf kompletten Entfall der Sommer-Betriebspflicht in Matrei und das zweite Ansuchen auf nur mehr sechs Wochen torpedieren die touristischen Bemühungen zur Verstärkung der Sommersaison komplett. Das ist nicht zu verstehen und nicht zu akzeptieren. Da geht es ja nicht nur um einen Seilbahn-Betrieb, sondern da geht es um die Gastronomiebetriebe am Berg in Matrei, um Ganzjahresarbeitsplätze in Osttirol, um ausgewogene Saisonen, um ein tolles Angebot auch im Sommer und letztlich um eine Mitverantwortung für den Tourismus in Osttirol“, so Markus Sint.

Salamitaktik oder Rückzug?

Ötztaler atmen vorerst auf: Energieversorger Tiwag reduziert Einreichung der Kaunertal-Erweiterungen drastisch.

ÖTZTAL / KAUNERTAL (ado). Die massiven Proteste aus dem Ötztal gegen die geplanten Wasserableitungen der Venter und der Gurgler Ache scheinen gefruchtet zu haben: Die Tiwag nimmt sie aus dem UVP-Verfahren und konzentriert sich im weiteren Bewilligungsverfahren und in der Umsetzung auf das neue Pumpspeicherkraftwerk Versetz mit dem Speicher Platzertal. Die Tiwag strebt damit nur mehr einen Teilbescheid im laufenden Verfahren an. Die Wasserableitungen aus dem Ötztal, das Unterstufenkraftwerk Prutz 2 und das Kraftwerk Imst 2 bleiben in der Warteschleife. Zudem ist das Bewilligungsverfahren für das Ausleitungskraftwerk Innstufe Imst-Haiming, das sich in der zweiten Instanz beim Bundesverwaltungsgericht (BVwG) befindet, derzeit mit einer Verschärfung der gewässerökologischen Rahmenbedingungen konfrontiert, wie die Tiwag einräumt. „Um die neuen Erkenntnisse aus dem Projekt Imst-Haiming umweltverträglich umsetzen zu können, benötigen wir Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen“, sagt Tiwag-Vorstandsdirektor Alexander Speckle.

Für das neue Pumpspeicherkraftwerk Versetz mit dem Speicher Platzertal werden die vorhandenen Wasserressourcen am Gepatschspeicher und im Einzugsgebiet des Platzertals genutzt. Wasserableitungen aus dem Ötztal sind dafür vorab nicht notwendig. „Die weiteren Planungsschritte für den zweiten Projektteil werden wir aber erst vornehmen, wenn die Überprüfung der Rahmenbedingungen abgeschlossen sind, die finale Entscheidung zu Imst-Haiming vorliegt und somit die gewässerökologischen Vorgaben klar sind.“

Reinhard Scheiber, Obmann des Vereins "Unser Wasser": "Das ist die typische Vorgangsweise. Wenn es großen Widerstand auf ein Projekt gibt, dann setzt man es halt scheinchenweise um", so der Obmann zweier Agrargemeinschaften. Wenn das Projekt nicht entgültig abgesagt und stattdessen ein neues Projekt ohne Ableitung des Ötztaler Wassers vorgestellt würde, würde der Widerstand umso größer, verspricht Scheiber schon jetzt, aktiv zu bleiben.

Richard Grüner, Bürgermeister der Gemeinde Längenfeld, zeigt sich zufrieden mit dem Tiwag-Rückzug. "Das finden wir alle gut, weil wir wollen keine Ableitung des Ötztaler Wassers und vor allem nicht so eine Vorgangsweise. Die Gemeinden und die Bevölkerung gehören bei so einem Projekt von Anfang an eingebunden."

Der WWF sieht in der aktuellen Entwicklung ein mögliches Täuschungsmanöver von Politik und Tiwag. „Der Tiwag-Konzern besitzt derzeit immer noch die Wasserrechte am Ötztaler Wasser. Die endgültige Sicherheit für die Bevölkerung, dass das Wasser im Ötztal bleibt, gibt es daher nur, wenn das gesamte Kaunertal-Ausbauprojekt gestoppt wird. Ansonsten könnten die Wasserleitungen später einmal wieder durch die Hintertür kommen“, so WWF-Gewässerschutzexperte Maximilian Frey.

Fährt der Zug „drüber“?

Bahnausbau Oberland: In Mils setzt man alle Hebel gegen die geplante Trasse in Bewegung.

Der Milser Bürgermeister Bernhard Schöpf sagt: ein zweigleisiger Bahnausbau im Oberland muss im Einklang mit der Bevölkerung passieren.

MILS. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge sieht der Milser Bürgermeister Bernhard Schöpf den geplanten zweigleisigen Bahnausbau zwischen Ötztal und Landeck.

„Es ist wichtig und richtig, dass das Tiroler Oberland künftig besser ans Schienennetz angebunden werden soll. Natürlich freuen wir uns über rasche und unkomplizierte Zugverbindungen, allerdings



Noch fährt die Bahn im Oberland eingleisig, der zweigleisige Ausbau, bzw. dessen Trassenführung in Mils sorgt für rege Diskussionen.

Foto: Archiv

erwarte ich mir von den ÖBB wie versprochen eine ergebnisoffene Suche nach den besten Lösungen für die Trassenführung.“

Konkret spricht Schöpf die Thematik an, dass offenbar nicht entlang der bestehen-

den Zugtrasse zweigleisig ausgebaut werden soll, sondern eine neue Trasse zwischen den Ortsteilen errichtet werden soll.

„Wir Milser sind jedem dankbar, der uns hilft, diesen potenziellen Supergau von

unserem Dorf abzuwenden. Allerdings hat ein so wichtiges Thema keine parteipolitische Farbe. Es ist hier auch nicht die Tiroler Landesregierung die drüberfährt, sondern letztlich haben die ÖBB mit ihrer mangelhaften Kommunikationsstrategie die derzeitigen Missverständnisse zu verantworten. Innerhalb der Gemeinde haben wir Vertreterinnen und Vertreter jedweder politischer Couleur gleichermaßen informiert und freuen uns darüber, dass das Interesse an vor Ort Besichtigungen groß ist. Für mich ist durchaus befremdlich, dass Umweltlandesrat René Zumtobel sich bei diesem Thema nicht klar zu Gunsten des Naturschutz positioniert. Allerdings dürfen Lokalausgangsscheine auch nicht dazu missbraucht werden, parteipolitisches Kleingeld zu wechseln.“